

St. Galler wollen Thurgauer Schnellstrasse

Die Bodensee-Thurtalstrasse soll gebaut werden, und zwar bald: Bundespolitiker aus der ganzen Ostschweiz springen dem Thurgau bei.

Adrian Vögele

Der Ärger im Thurgau ist gross: Der Bundesrat will die geplante Bodensee-Thurtalstrasse (BTS) vorläufig nicht realisieren, sondern die gesamte Strecke zwischen Arbon und Bonau nochmals umfassend überprüfen. Zu teuer ist ihm das Vorhaben, das der Kanton ausgearbeitet hat – 1,7 Milliarden für 33 Kilometer –, zu gross der Flächenverbrauch und die Eingriffe in die Landschaft, zu klein die Verkehrsprobleme im nationalen Vergleich. Wirtschaftskreise und bürgerliche Parteien wehren sich vehement: Die FDP Thurgau hat eine Petition gestartet, die fordert, dass die BTS doch noch ins Strategische Entwicklungsprogramm Nationalstrassen (Step) aufgenommen wird, etwa 1500 Personen haben bisher unterschrieben.

Auch in den beiden Appenzell hat die neue Step-Botschaft Enttäuschung ausgelöst: Der Autobahnzubringer Appenzellerland ist ebenfalls nicht zur Umsetzung vorgesehen, auch hier steht eine grundsätzliche Überprüfung bevor.

«Bund verniedlicht unsere Verkehrsprobleme»

Bis Ende April läuft die Vernehmlassung zum Step, danach wird die Botschaft allenfalls noch angepasst – und schliesslich entscheidet das Bundesparlament. Ratsmitglieder aus dem Thurgau, allen voran Brigitte Häberli-Koller (Die Mitte), Jakob Stark (SVP) und Diana Gutjahr (SVP), haben angekündigt, sich für die Realisierung der BTS einzusetzen.

Jetzt sichern auch Bundesparlamentarier aus der übrigen Ostschweiz ihre Unterstützung zu. Angesprochen auf das Thema Nationalstrassen, sagt der St. Galler SVP-Nationalrat Roland Rino Büchel: «Der Bund verniedlicht die Verkehrsprobleme im Osten der Schweiz. Man sieht, dass Bundesberner manchmal schon «sehr weit weg» ist von den Realitäten in unserer Region.» Der Bundesrat stelle richtigerweise fest, dass die BTS dazu dienen werde, Ort-



Der Bund will die BTS-Strecke «umfassend überprüfen»: Blick auf den Abschnitt westlich von Weinfelden.

Bild: Reto Martin (25. Juli 2019)

schaften vom Durchgangsverkehr zu entlasten, sagt Büchel. «Die Strasse dient auch wesentlich dazu, die Schweiz besser mit grenznahen Wirtschaftsräumen zu verbinden.» Er sei gerne bereit, sich auch bei Ratsmitgliedern aus anderen Regionen für die BTS einzusetzen, so Büchel. «Mit meinen zwölf Jahren im Rat, davon zehn Jahre im Büro des Nationalrats, sind ein paar Beziehungen zusammengelassen.»

«ÖV könnte diese Kapazität gar nicht bereitstellen»

Ähnlich äussert sich Mike Egger (SVP/SG): «Es ist von grösster Wichtigkeit, dass die bürgerlichen Ostschweizer Parlamentarier zusammenhalten und sich gemeinsam in Bundesberner für die Infrastrukturanliegen der Ostschweiz starkmachen.» Er werde einen Antrag zur Umsetzung der BTS, aber auch des Autobahnzubringers Appenzellerland unterstützen. Dem schliesst sich Esther Friedli (SVP/SG) an: «Eine gute Strasseninfrastruktur in der Ost-

schweiz ist mir ein wichtiges Anliegen.» Marcel Dobler (FDP/SG) wünscht sich ebenfalls, dass die BTS höher priorisiert wird. «Aufgrund des Bevölkerungswachstums ist es zwingend nötig, unsere Verkehrskapazitäten auszubauen – überall dort, wo es aufgrund der Fakten notwendig ist, und ohne politische Ideologie.» Der ÖV alleine sei gar nicht in der Lage, diese Kapazitäten zur Verfügung zu stellen.

Nicolo Paganini (Die Mitte/SG) sagt, er werde solche Anträge hinter den Kulissen und allenfalls auch im Plenum des Na-



Roland Rino Büchel, St. Galler SVP-Nationalrat Bild: Tobias Garcia

tionalrats unterstützen: «Insbesondere die Situation im Thurgau und die jahrzehntelange Geschichte dieser Strassenplanung ist mir bestens bekannt. Die verkehrsgeplagten Anwohnerinnen und Anwohner im Thurtal und im Raum Kreuzlingen/Bottighofen müssen ernst genommen werden.»

Zürich und Glarus sind schon bedient

Etwas zurückhaltender nimmt Markus Ritter (Die Mitte/SG) Stellung: Wenn sich die Ostschweiz in der Nationalstrassen-debatte mit anderen Regionen zusammenschliesse, die ebenfalls Anliegen hätten, dann bestünden durchaus Chancen. Als Bauernpräsident hat Ritter allerdings auch eine kritische Anmerkung: «Für mich ist es wichtig, dass bei allen Infrastrukturbauten der Kulturlandverbrauch möglichst gering gehalten wird. Dazu müssen entsprechende Varianten erarbeitet werden.»

Ritter weist darauf hin, dass beispielsweise die Romandie in regionalpolitischen Verteil-

kämpfen im Parlament stark zusammenhalte. Ob die Ostschweizer auf Mitstreiter aus anderen Kantonen zählen können, ist offen. Die nächsten Nachbarn dürften eher keine Notwendigkeit sehen, einen Angriff zu starten: So ist die Lückenschliessung für die Zürcher Oberlandautobahn zwischen Hinwil und Uster bereits im Programm enthalten, ebenso die Umfahrung Netstal in Glarus. Beides sind Strecken, die der Bund von den Kantonen übernommen hat – wie bei der BTS und dem Zubringer Appenzel-



Marcel Dobler, St. Galler FDP-Nationalrat Bild: Michel Canonica

lerland. Warum wurde also beispielsweise die Oberlandautobahn höher priorisiert? Dort sei die Situation «mehr als unbefriedigend», sagte Jürg Röthlisberger, Direktor des Bundesamts für Strassen, vor kurzem in einem Interview mit dem «Zürcher Oberländer». Das Kosten-Nutzen-Verhältnis des Projekts sei gut. Bei den beiden Ostschweizer Projekten hingegen bezweifelt der Bund, dass die Probleme gross genug sind, um die hohen Kosten und die baulichen Eingriffe zu rechtfertigen.

Appenzellerland: Vortritt für die Regierungen

Dieses Fazit wird nicht nur für die BTS, sondern auch für den Autobahnzubringer Appenzellerland kritisiert. Der Innerrhoder Mitte-Ständerat Daniel Fässler sagt: «Die bisherige Beurteilung durch den Bundesrat betrachte ich verkehrstechnisch und verkehrspolitisch für falsch.»

In der Vernehmlassung zum Step seien nun zuerst die Kantone gefordert, «beim Autobahnzubringer Appenzellerland in erster Linie der Kanton Appenzell Ausserrhodon. Dabei erwarte ich, dass – wie bisher – die Unterstützung der übrigen Ostschweizer Kantone eingeholt wird». Dies gelte umgekehrt auch für die BTS. «Ob letztlich parlamentarische Vorstösse nötig und sinnvoll sind, kann heute noch nicht abschliessend beurteilt werden.» Ähnlich hatten sich vor kurzem auch Andrea Caroni (FDP/AR) und David Zuberbühler (SVP/AR) geäussert. Thomas Rechsteiner (Die Mitte/AI) sagt, der parlamentarische Weg erzeuge gewissen politischen Druck, aber auch viel administrativen Aufwand. «Der direkte Weg von Regierungen und Parlamentariern zur zuständigen Bundesrätin würde meines Erachtens viel mehr bringen.»

Keine Unterstützung für ein Ostschweizer Powerplay zu Gunsten der Nationalstrassen ist links der Mitte zu erwarten: So lehnen SP und Grüne den Bau der BTS klar ab.

Zwei Staatsanwälte vor Gericht

Im Thurgauer Fall Kümmertshausen werden zwei Staatsanwälten Amtsmissbrauch und Urkundenfälschung im Amt vorgeworfen.

Der Mammutprozess Kümmertshausen ist eine Krake, die seit Jahren Gerichte beschäftigt. 2010 wird ein 53-jähriger IV-Rentner tot in seinem Haus im thurgauischen Kümmertshausen gefunden. Ermittlungen zeigen: Hinter der Tötung steckt eine Bande, die mit Drogenhandel und Menschenschmuggel ihr Geld verdient. 2018 fallen Urteile, doch acht Männer ziehen das Verdikt weiter. Der Prozess am Obergericht hat letzten Herbst angefangen.

Der Fall, der nun am 26. und 28. April am Bezirksgericht Frauenfeld verhandelt wird, ist

aussergewöhnlich: Nicht wegen der angeklagten Straftaten – mit mehrfachem Amtsmissbrauch und Urkundenfälschung müssen sich die Gerichte des öfteren beschäftigen. Ungewöhnlich ist vielmehr, dass es sich bei den Beschuldigten um zwei Staatsanwälte handelt. Es sind die beiden Ankläger, die den Fall Kümmertshausen in den ersten Jahren betreuten. Es dreht sich also um eine Altlast aus diesem Monster-Fall. Die Strafanzeige gegen die Staatsanwälte hat ein Türke eingereicht, der ursprünglich als Mittäter an der Tötung des IV-Rentners angeklagt war.

Im Laufe des Prozesses vor dem Bezirksgericht Kreuzlingen änderte sich jedoch die Sachlage komplett. Der Türke wurde schliesslich lediglich wegen Drogendelikten zu einer Freiheitsstrafe von 30 Monaten verurteilt, davon zehn Monate unbeding.

Zurück zu den Anfängen der Ermittlungen

Der Prozess vor dem Bezirksgericht Frauenfeld geht nun zurück zu den Anfängen der Ermittlungen. Die Anklage vertritt ein ausserordentlicher Staatsanwalt aus dem Kanton St. Gallen. Es gibt bereits mehrere Oberge-

richts- und Bundesgerichtsentscheide, die sowohl die beschuldigten Staatsanwälte als auch den Türke betreffen.

Im Mai 2015 schickte das Bundesgericht die beiden Staatsanwälte wegen «Anscheins der Befangenheit» in den Ausstand. Die höchsten Richter fanden damals mehrere Fehler im Verfahren. So sei eine Bemerkung der Staatsanwältin während der Einvernahme nicht protokolliert worden. Die Aussage sei jedoch überliefert, da der Anwalt eines Mitbeschuldigten sie mit seinem Smartphone aufgenommen habe. Die Staatsanwälte hatten

auch den amtlichen Verteidiger des Türken abgesetzt und durch einen anderen amtlichen Verteidiger ersetzt. Der ursprüngliche Verteidiger sei wohl unbequem gewesen, da er seinem Mandanten zur Aussageverweigerung geraten habe, mutmassen die Lausanner Richter.

Wie dem Urteil des Bundesgerichts zu entnehmen ist, sei den Staatsanwälten per Telefon mitgeteilt worden, dass der ursprüngliche Verteidiger wieder eingesetzt sei und somit keine Einvernahme des Türken ohne ihn stattfinden dürfe. Sie hätten aber die Einvernahme trotzdem

fortgesetzt, da der neue Verteidiger da gewesen sei und der Türke habe aussagen wollen. Aus Sicht des Bundesgerichts hätten sie damit «einen krassen Verfahrensfehler begangen». Ob es um diese Punkte in Frauenfeld geht, wird sich erst zeigen. Weder der Anwalt des Türken noch der Sprecher der Thurgauer Staatsanwaltschaft möchten sich dazu äussern. Der Verteidiger eines der beschuldigten Staatsanwälte erklärt auf Anfrage: «Aus unserer Sicht sind die Vorwürfe unbegründet.»

Es gilt die Unschuldsvermutung. (san)